

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/172

10. September 1975

Ein energisches Programm

Der Kabinettsbeschluss zur Haushaltsstruktur

Von Karl Haehser MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanz-
minister

Seite 1 und 1a / 45 Zeilen

Der Beschluss von Gießen

Notwendige Klarstellung zum Thema Investitions-
lenkung

Von Rudi Arndt
Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd und Mitglied
des SPD-Vorstandes

Seite 2 bis 4 / 98 Zeilen

Wehret den Anfängen I

Die Hintergründe der Bremer Telefon-Affäre

Von Dr. Henning Scherf
Landesvorsitzender der SPD Bremen und Mitglied
des SPD-Parteirates

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Kein Geschäft mehr mit der Angst

Anmerkungen zum Ergebnis einer demoskopischen Um-
frage

Seite 7 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressebüro 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 50 37 - 38
Telex: 00 96 849 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Ein energisches Programm

Der Kabinettsbeschuß zur Haushaltsstruktur

Von Karl Heeser MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanzminister

Das Bundeskabinett hat das Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur verabschiedet. Dieses Gesetz ist erforderlich, um in den kommenden Jahren hohe Haushaltsdefizite bei Bund, Ländern und Gemeinden zu verhindern, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten und das Vertrauen in die öffentlichen Körperschaften am Kapitalmarkt nicht zu gefährden.

Die durch das Gesetz auftretenden Haushaltsverbesserungen betragen in den Jahren 1976 bis 1979 rd. 73 Milliarden DM. Schon an dieser Zahl wird deutlich, daß es ein energisches Programm ist, das sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmenseite erhebliche Einschnitte vorsieht. Das Bundeskabinett hat Wert darauf gelegt, hauptsächlich an nichtinvestiven Ausgaben zu sparen und die Lasten, die dadurch für unsere Bevölkerung eintreten, auf möglichst breite Schultern zu verteilen. So gibt es z.B. keine einseitige Belastung des öffentlichen Dienstes. Es gibt keine einseitige Belastung der Landwirtschaft und keine einseitige Belastung der Arbeitnehmer.

Hier und da sind einige Sparmaßnahmen mißverstanden worden. Es werden zwar Veränderungen bei den Beihilfen für den öffentlichen Dienst vorgenommen. Niemand dankt aber daran, etwa die Beihilfen abzuschaffen. Natürlich bleibt auch der Ortszuschlag als Bestandteil des Gehalts bestehen. Dies auch dann, wenn in einer Familie beide Ehepartner im öffentlichen Dienst

tätig sind. Eine Änderung tritt insofern ein, als künftig nur noch ein Ehepartner den Ortszuschlag für Verheiratete bekommt, während der andere in Zukunft den für Ledige erhält. Diese Änderung tritt dazu nicht sofort, sondern erst stufenweise ein.

Die Bundesregierung hat sich bemüht, trotz ihrer Sparmaßnahmen den sozialen Stand aller Betroffenen zu erhalten. Es geht lediglich darum, daß das Wachstum des Wohlstands in unserem Land etwas begrenzt wird, um im Interesse des Wirtschaftswachstums Spielraum zu gewinnen für mehr Investitionen. Dieses Investitionswachstum ist die Voraussetzung dafür, daß unser jetziger Lebensstandard erhalten und nach einer Verhunftpause auch wieder ausgebaut werden kann.

Die Bundesregierung hat diese Maßnahmen in einer Zeit ergriffen, in der die ganze Welt von einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit betroffen ist. In allen anderen Ländern sind die Auswirkungen stärker als in der Bundesrepublik. Wir haben gute Chancen, mit den Opfern, die den Bürgern abverlangt werden, die jetzigen Schwierigkeiten zu meistern und den hervorragenden sozialen Stand unseres Landes zu erhalten. Dafür ist der Preis, der jetzt gefordert wird, nicht zu hoch. Dieses wichtige Ziel sollten nun Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam anstreben. Die Bundesregierung erwartet auch seitens der Bundesländer die notwendige Unterstützung für ihre Gesetze. Wenn die Bundesländer das vorgelegte Programm ablehnen, müßten sie in den Jahren bis 1979 Deckungslücken hinnehmen, die sie nicht verantworten können. Es wäre bedauerlich, wenn die Umfunktionierung des Bundesrates zu einem Oppositionsorgan dazu führen sollte, daß die Staatsfinanzen in unserem Lande nicht in Ordnung gehalten werden können.

(-/10.9.1975/ks/ee/pr)

+ + +

Der Beschluß von Gießen

Notwendige Klarstellung zum Thema Investitionslenkung

Von Rudi Arndt

Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd und Mitglied des SPD-Vorstandes

Musterbeispiele der Verteufelung des politischen Gegners sind die Stellungnahmen von CDU- und FDP-Politikern und verschiedener Kommentatoren zu den Beschlüssen des SPD-Bezirks Hessen-Süd zum Thema "Investitionslenkung". Ich bin absolut sicher, daß keiner dieser Politiker die Beschlüsse von Gießen im Wortlaut gelesen hat. Ihre Argumentation richtet sich deshalb gegen etwas, was überhaupt nicht beschlossen worden ist.

Die Kritiker der Beschlüsse des SPD-Bezirks Hessen-Süd benützen die Gießener Diskussionsbeiträge, die sich gegen eine weitere Verstaatlichung und zwangswirtschaftliche Regelung gewandt haben, als Material gegen den dann später mit großer Mehrheit angenommenen Antrag. In Wirklichkeit sind in dieser Hinsicht vorliegende Anträge mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Das Konzept, das in Gießen eine breite Mehrheit gefunden hat, ist durchaus ein massvoller Vorschlag, der eine bessere Diskussion in der Öffentlichkeit verdient hätte, als sie im Augenblick erfolgt. Die Vorschläge von Gießen gehen auf jeden Fall nicht weiter als die Auffassungen, die Ministerpräsident Albert Osswald auf dem Bezirksparteitag Hessen-Süd im Jahre 1973 in Dieburg vertreten hatte. Im Gegenteil: Die Vorschläge in Gießen gehen ausdrücklich von der Aufrechterhaltung der Marktordnung aus und räumen der unternehmerischen Entscheidung einen breiten Spielraum ein.

Damit nicht weiterhin falsche Informationen über die Beschlüsse des SPD-Bezirks Hessen-Süd zum Thema "Investitionslenkung" in der Öffentlichkeit kursieren, weise ich auf folgendes hin:

1/ Der Bezirk Hessen-Süd hat sich deutlich zu dem Satz des Godesberger Programmes bekennt, der lautet: "Freie Konsumwahl und freie Arbeits-

platzweh sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik."

2/ Bevor es überhaupt zu einem Modell der Investitionslenkung in der Praxis kommt, ist nach Auffassung des Bezirks Hessen-Süd das heutige System der Informationserfassung und Verarbeitung wirtschaftlicher Daten wesentlich zu verbessern, die Informationen aus der Wirtschaft reichen schon für die heute betriebene Strukturpolitik absolut nicht aus und deshalb ist ein gezieltes Forschungsprogramm mit einem großzügigen Mittelaufwand nötig, um der Öffentlichkeit mehr Information über Wirtschaftsabläufe und Tendenzen zu geben.

3/ Der Bezirk Hessen-Süd betont die Notwendigkeit von Investitionen sowohl von der öffentlichen Hand als auch von der privaten Wirtschaft. In der Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt, daß diese Investitionen zu stark voneinander abhängig sind und im Rahmen der Konjunkturpolitik unvernünftige Eingriffe in den Investitionsbereich erforderlich waren. Deshalb besteht der Kernpunkt des Vorschlages des SPD-Bezirks Hessen-Süd darin, daß zwischen den verantwortlichen Unternehmern und den Vertretern der öffentlichen Wirtschaftspolitik gemeinsame Absprachen über den Spielraum der öffentlichen Investitionen und die Investitionsprogramme der Großunternehmen erfolgen. Dabei ist keineswegs daran gedacht, die gesamte Bandbreite der privaten Investitionen zu erfassen, sondern eben nur die Investitionen der Großunternehmen, die strukturbestimmend sind. Selbstverständlich müssen in den Gremien, die diese gemeinsame Absprache vornehmen, die Vertreter der Wirtschaft sitzen.

4/ Eine solche gemeinsame Absprache muß selbstverständlich von einer Prognose ausgehen, wie die Nachfrage sich mittelfristig entwickeln wird. Zur Zeit schätzen die einzelnen Unternehmen die Nachfrage in ihrem Bereich selbst und richten darauf ihre Investitionen aus. In dieser Hinsicht ändert der Vorschlag des Bezirks Hessen-Süd nichts an der bisherigen Praxis, weil auch hier die Nachfrageprognose nicht von Seiten des Staates, sondern von den Unternehmen erfolgen soll. Alle diejenigen, die deshalb sagen, daß durch

diesen Vorschlag vorweg bestimmt werden sollte, wieviel blaue Hosen oder Hüte in Zukunft gebraucht werden, haben den Vorschlag von Hessen-Süd entweder nicht gelesen oder ihn bewußt mißverstanden.

5/ Um die gemeinsame Abaprcche über den Investitionsspielraum für die öffentlichen und privaten Investitionen der Großunternehmen auch in der Praxis wirksam werden zu lassen, muß es die Möglichkeit geben, die abgeprochenen Quoten und Zeitfolgen zu kontrollieren. Deshalb sind Investitionsmelderverfahren und abgestufte Genehmigungsverfahren vorgeschlagen, Dinge die es heute schon überall gibt. Mit Zustimmung der CDU und FDP gibt es direkte Investitionslenkung bei energiewirtschaftlichen Anlagen, staatliche Überwachung von gefährlichen gewerblichen Anlagen, Genehmigungspflicht für umweltschädliche Anlagen, Regelungen über die Zulässigkeit von Bauten, Baugebote, Nutzungsgebote, Abbruchgebote, Modernisierungsgebote nach dem Bundesbaugesetz. Es sei außerdem daran erinnert, daß in der Konjunktursituation 1962 von Prof. Dr. Ludwig Erhard, ein Genehmigungsverfahren für Bauten eingeführt wurde, bei dem die öffentliche Hand ohne weiteres Baugenehmigung versagen konnte, wenn ein bestimmtes Investitionsvolumen überschritten wurde.

6/ Nirgends ist in dem Vorschlag des Bezirke Hessen-Süd ein Investitionsgebot gegenüber dem Unternehmen enthalten. Im Gegenteil, es ist ausdrücklich angesprochen, daß, wenn sich im Rahmen der gemeinsamen Abaprcchen über mittelfristige Investitionen zeigt, daß in bestimmten Bereichen von der privaten Wirtschaft keine Investitionen vorgenommen werden, obwohl sie notwendig sind, die öffentliche Hand durch Investitionsanreize dafür einspringen soll.

7/ Im Vorschlag des Bezirke Hessen-Süd ist enthalten, daß "der einzelwirtschaftlichen Entscheidung der für die wirtschaftliche Dynamik unentbehrliche Freiheitspielraum belassen" werden muß.

8/ Abschließend sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Bezirk Hessen-Süd sich ausdrücklich zu folgendem Satz bekennt hat: "Instrumente kann man nicht als Glaubensbekenntnis behandeln, sie müssen vielmehr nüchtern ausgetestet, erprobt und gegeneinander abgewogen werden."

Ich spreche die Erwartung aus, daß sich Presse, Funk und Fernsehen und auch die Politiker fair mit diesem Vorschlag auseinandersetzen. Eine faire Auseinandersetzung beinhaltet allerdings zuerst, daß man sich mit dem Original befaßt und nicht mit dem, was man irgendwo vom Hörensagen durch Dritte und Vierte, meist Böswillige, über die Sache erfahren hat.

(~/10.9.1975/ka/pr/ee)

+ + +

Wehret den Anfängen!

Die Hintergründe der Bremer Telefon-Affäre

Von Dr. Henning Scherf

Landesvorsitzender der SPD Bremen und
Mitglied des SPD-Parteirates

Der Sachverhalt:

Im Oktober 1968 emigrierten zwei jüdische Familien aus Polen und suchten Aufenthalt und Arbeit in Bremen. Ein katholischer Geistlicher, Gemeindepfarrer in Bremen und anschließend Anstaltgeistlicher in einem katholischen Krankenhaus im Oldenburgischen, notierte sich die Telefonnummer des Senatsdirektors beim Senator für Inneres, zuständig u. a. für Ausländerpolizei. Dieser Geistliche geriet in den Verdacht der Begünstigung von Ulrike Meinhof. Anlässlich einer Hausdurchsuchung wurde bei ihm ein Notizbuch mit über 600 Eintragungen beschlagnahmt. Das Bundeskriminalamt veranlaßte routinemäßig die Personenüberprüfung aller Eintragungen. So entstand beim Bremer Polizeipräsidenten ein Vorgang. Dieser wurde einem CDU-Journalisten der "Bild"-Zeitung gesteckt und von diesem zu einer Affäre aufgeblasen, die zur Verurteilung des Senatsdirektors in den einseitigen Ruhestand führte.

Nach Bekanntwerden durch die "Bild"-Zeitung bemühte sich ein Freund des Senatsdirektors, der SPD-Bürgerschaftsabg. Horst-Werner Franke, um eine Klärung des Sachverhaltes. Dabei rief er in Gegenwart von einem Notar und zwei anderen Juristen den katholischen Geistlichen an und kündigte den Besuch eines Notars an. Dieser Notar gab eine Erklärung an Eidesstatt darüber auf, wie die Telefonnummer des Senatsdirektors in das Notizbuch gelangt ist.

Dieses Telefongespräch wurde auf Anordnung des zuständigen Gerichts abgehört. Davon erfuhr ein Bremer Kriminalbeamter, der zur Aufklärung der Baader-Meinhof-Straftaten an das Bundeskriminalamt abgeordnet worden ist. Er übertrug das Telefongespräch auf ein eigenes Band und lieferte dies in Bremen bei seinem Kommissariats-Chef ab. Der wiederum spielte dies dem Polizeipräsidenten vor, der wiederum dem Innensenator, dieser schließlich dem Bürgermeister. Anschließend wurde es gelöscht.

Vier Jahre danach hielt es der Polizeipräsident für richtig, in einem Gespräch mit dem früheren "Bild-Zeitung"-Journalisten und jetzigen CDU-Wahlkämpfer auf die alte Sache zurückzukommen. Der Journalist, entschlossen, Wahlkampfmunition gegen die SPD zu sammeln, legte den Polizeipräsidenten rein. Er ließ bei einem Telefongespräch mit dem Polizeipräsidenten heimlich ein Tonband mitlaufen und übergab dies dem CDU-Spitzenkandidaten. Dieser, politisch unerfahren und ehrgeizig, blies zum Generalangriff auf die SPD. Er veröffentlichte ohne Einwilligung des Polizeipräsidenten und unter Umgehung seiner Fraktion das heimlich mitgeschnittene Telefongespräch unter dem Schutze der Straffreiheit (Indemnität) im Parlament.

Strafrechtliche Relevanz:

Der CDU-Spitzenkandidat hat tatbestandsmäßig den § 201 Strafgesetzbuch

erfüllt. Darin heißt es: "Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft, wer unbefugt 1/ das nicht öffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder 2/ eine so aufgestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht".

Der frühere "Bild-Zeitung"-Journalist hat sich ebenfalls gemäß § 201 StGB strafbar gemacht.

Dem Polizeipräsidenten ist eine Verletzung des Dienstgeheimnisses (§ 353 f StGB) und die Teilnahme gemäß § 201 StGB vorzuwerfen.

Die beteiligten Kriminalbeamten müssen sich ebenfalls auf ein Verfahren gemäß § 201 StGB einrichten.

Politische Relevanz:

Der CDU-Spitzenkandidat ist in der Wahl seiner Mittel skrupellos gewesen. Er hat nicht nur sich selber in den Verdacht eines kriminellen Komplotts gebracht. Er hat darüber hinaus seiner Fraktion und Partei den Geruch des rücksichtslosen Verwendens von strafbaren Handlungen für den politischen Kampf verschafft.

Ein Journalist hat durch seine Methode einen ganzen Berufsstand ins Gerede gebracht und damit das Vertrauen in die Integrität der Presse erheblich beschmutzt. Nicht von ungefähr haben ihm die Kollegen nach Bekanntgabe des heimlich mitgeschnittenen Telefongesprächs aus allen Gremien ausgeschlossen.

Die Polizei ist durch das Verhalten des Polizeipräsidenten mit dem Verdacht belastet, als sei es in das Belieben der einzelnen Beamten gestellt, dienstliche Informationen in die politische Auseinandersetzung, hier in die innerparteiliche Auseinandersetzung, einzuführen, ohne die Möglichkeit einer sachlichen Aufklärung, ohne die Möglichkeit einer klarstellenden Gegenüberstellung.

Schließlich bleibt, daß die Diffamierung insbesondere dann, wenn "Amtspersonen" daran beteiligt sind, aus alltäglichen Anlässen, deren Beliebigkeit unsehbar ist, gigantische Ausmaße annehmen kann. Jedermann kann in eine ähnliche Lage kommen, ohne daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Bürgermeister, Notare, Rechtsanwälte usw. in der Lage sind, die Überzeugende Rehabilitation möglich machen zu können.

Konsequenzen:

Die Straftäter müssen sich vor Gericht verantworten. Der politische Meinungskampf darf nicht das Feld für kriminelle Machenschaften werden. Aber damit nicht genug.

Es muß präzise benannt und im Bewußtsein der Öffentlichkeit wachgehalten werden, daß solche Machenschaften an die Wurzel unseres Rechtsstaates gehen. Nur durch die schonungslose öffentliche Klärung des Sachverhaltes, die vollständige Rehabilitierung der Verunglückten und die konsequente Zur-Rechnenschaft-Ziehung der Beschuldigten kann das lädierte Vertrauen wieder hergestellt werden. Der Untersuchungsausschlußbericht ist dafür ein geeignetes Mittel.

Wehret den Anfängen!

(-/10.9.1975/sch/e/pr)

Kein Geschäft mehr mit der Angst

Anmerkungen zum Ergebnis einer demoskopischen Umfrage

Nach Ermittlungen des Allensbacher Institutes für Demoskopie sind 57 vH der Bevölkerung mit den Spar- und Steuerbeschlüssen der Bundesregierung "mehr oder weniger einverstanden"; 35 vH lehnen das Programm ab, über das sich neun Zehntel der Bundesbürger unterrichtet fühlen. Das sind bemerkenswerte Fakten. In der schwersten weltwirtschaftlichen Krise seit der verheerenden Depression vor nun schon fast einem halben Jahrhundert urteilen die Bürger der zweiten deutschen Demokratie köhl, sachlich und sprechen ihrer Regierung ihr Vertrauen aus. Ein solches Votum ist mehr als tegepolitisches Kleingeld.

Unbequeme Wahrheiten auszusprechen, unpopuläre Maßnahmen für den Wahlbürger rechtzeitig anzukündigen, das gilt zwar als demokratische Tugend, geübt wird es freilich nur selten. Die Regierung der sozial-liberalen Koalition hat Redlichkeit und Mut zur Entscheidung über das Taktieren gestellt. Die Opposition sah schon Grund zu Frohlocken, Sonthofener Horizonte schienen sich aufzutun. Das währte aber alles nur kurze Zeit. Angstpropaganda verfängt nicht mehr. Auch dafür ist der Beweis erbracht, denn an der Unbekümmertheit, den Bürger zu Reaktionen der aufgebrachtsten Emotionen zu veranlassen, hat es gewiß nicht gefehlt.

Es drängt sich die Erinnerung an die Situation zu Ende der Ära Erhard auf, mit der ja auch die Zeit der Union zur Neige ging. Die damalige Regierung hat nicht den Mut zum Aussprechen der Wahrheit und schon gar nicht zum Handeln gehabt. Sie vertuschte die Lage nicht nur sträflich, sie machte sich mit Wahlgeschenken auch der arglistigen Täuschung schuldig. Die Öffentlichkeit verzieh den Schwindel nicht. Erhard und seine gescheiterte Regierung mußten gehen; sein Nachfolger bescheinigte ihnen den Bankrott vor dem Parlament.

So hat sich die Regierung der Union in der Krise, freilich - im Gegensatz zur heutigen - in einer hauagemachten - verhalten. Der Bürger hat das offensichtlich noch nicht ganz vergessen. Gelegentlich ist doch ein Fortschritt in der Geschichte zu spüren.

Claus Preller
(-/10.9.1975/va/s/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller